

## Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen-  
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0 oder -17  
Handy: 0172/ 61 55 99 7  
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de  
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 13. März 2007

Bleiberecht für Flüchtlinge

### „(K)ein Hoffnungsschimmer“

Einigung der Berliner Koalition für hessische Ausländerbeiräte völlig unzureichend/Kritik an Verschärfung des Ausländer- und Einbürgerungsrechts

„Von einer wirklichen Bleiberechtsreglung für langjährig Geduldete kann nach wie vor keine Rede sein,“ kritisierte der Vorsitzende des Landesausländerbeirats, Yilmaz Memisoglu, die Einigung der Berliner Koalition zum Bleiberecht für langjährig Geduldete.

Zwar sei positiv, dass die Betroffenen nunmehr bis 2009 Zeit haben sollen, einen Arbeitsplatz zu finden. Dennoch sei die Regelung insgesamt unzureichend. „Die vielen Ausschlussgründe und die Arbeitsmarktsituation wird aber die Hoffnung vieler Flüchtlinge auf einen sicheren Verbleib in Deutschland zunichte machen,“ so Memisoglu. Dies zeigten schon jetzt die Erfahrungen mit der Umsetzung des Beschlusses der Innenministerkonferenz vom November letzten Jahres.

Völlig unzulänglich sei jedoch vor allem, dass Kettenduldungen in Deutschland auch in Zukunft an der Tagesordnung sein werden. Memisoglu: „Dafür hat die Berliner Koalition keine befriedigende Lösung gefunden.“

Besonders bitter sei für die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Ausländer, dass mit dem gleichen Gesetz eine Vielzahl erheblicher Verschärfungen eingeführt werden sollen, die im Ergebnis mehr Menschen betreffen als die Bleiberechtsregelung. Vor allem die geplanten Einschnitte im Einbürgerungsverfahren und beim Familiennachzug lehnen die Ausländerbeiräte in Hessen ab. Memisoglu: „Mit solchen Restriktionen wird Integration weder verbessert noch gefördert.“